Stenographisches Protokoll

24. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages
Donnerstag, 23. April 1998

Tagesordnung

1.		17.
2.		18.
		19.
		20.
		21.
		22.
3.	Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, Änderung	23.
4.		

Inhalt

5.	Landtag
6.	
7.	
8.	
9.	
10.	
11.	
12.	
13.	
14.	
15.	
16.	

Verhandlungen

Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag gemäß Art. 29 Abs. 1 L-VG iVm ~ 22 GeOLT der Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, Franz Glaser und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 376), mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 17 - 261) (Beilage 384)

Berichterstatter: Nie ßl (S. 1527)

Redner: Dr. Rauter (S. 1528), Glaser (S. 1528) und Dr. Rezar (S. 1530)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 1532)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag gemäß Art. 29 Abs. 1 L-VG iVm ~ 22 GeOLT der Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, Franz Glaser und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 376), mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird (Zahl 17 - 261) (Beilage 384)

Präsident: Wir kommen damit zum 3. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag gemäß Art. 29 Abs. 1 L-VG iVm ~ 22 GeOLT der Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, Franz Glaser und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, Beilage 376, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, Zahl 17 - 261, Beilage 384.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Nießl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter um seine Ausführungen. Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Nießl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuß hat den selbständigen Antrag gemäß Art. 29 Abs. 1 L-VG iVm ~ 22 GeOLT der Landtagsabgeordneten Dr. Peter Rezar, Franz Glaser und Kollegen auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, in seiner 16. Sitzung am Mittwoch, dem 15. April 1998, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Dr. Rauter

Mein Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuß stellt somit den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rauter das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Rauter** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ein bißchen ist es bedauerlich, daß die Herrschaften von der linken Reichshälfte in den Landtagssitzungssaal zurückgekehrt sind, es war so eine angenehme Atmosphäre. Gratulation, meine Herrschaften von der rot-schwarzen Einheitspartei, zu dem Arbeitspensum, das Sie heute erledigen, weil das, was Sie heute in die Landtagssitzung einbringen, ist dieser gewaltige Antrag betreffend die Änderung der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Wenn man sich erwarten würde, Kollege Glaser, daß es seitens der rot-schwarzen Einheitspartei Entwürfe zu einer weitreichenden Verfassungsreform gäbe - in anderen Ländern wird ja über die Abschaffung des Proporz, über Einsparungen und ähnliches diskutiert -, dann irrt man ein wenig. Ich war heute in der Früh geneigt zu sagen, an sich ist es ja fast ganz sinnlos, was hier produziert worden ist. Die Frau Landesrätin Prets hat mich eines Besseren belehrt. Einen positiven Effekt hat dieser Antrag, nämlich, das elendslange Geschwätz mancher Regierungsmitglieder bei der Fragestunde ein bißchen zu verkürzen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Ich frage mich, meine Damen und Herren, warum setzt sich der Landtag nicht mit der Frage der Aufwertung der Kontrollrechte auseinander? Fürchtet man sich so, daß auch eine kleinere Fraktion dringliche Anfragen einbringen könnte, Dringlichkeitsanträge einbringen könnte? Das würde die Demokratie beleben. Aber ich habe vollkommen recht gehabt, daß ich vorher gesagt habe, das wollen Sie in Wahrheit gar nicht. Sie wollen eine geschlossene Gesellschaft, wo Sie, die rot-schwarze Einheitspartei, bestimmen, was die Bürger machen müssen, was die Menschen machen müssen. Sie wollen auch bestimmen, was im Landtag geschieht, wollen *(Unruhe in den Bänken der SPO und ÖVP)* alle effizienten Kontrollrechte hintanhalten. Das ist ein bißchen, Kollege Hofmann, bedauerlich. Es ist ja an sich schon sehr dünn, was Sie hier vorgelegt haben.

Sie verlangen in diesem Antrag folgendes: Daß die Redezeit bei der Beantwortung von Anfragen auf fünf Minuten und bei der Zusatzfrage auf zwei Minuten eingeschränkt wird. Sie wollen, daß es Fraktionswahlen gibt. Ich frage mich - schlampert haben Sie auch gearbeitet -, warum Sie Fraktionswahlen bei den Wahlen haben wollen, aber bei einem Mißtrauensantrag vergessen haben,

auch dort die fraktionelle Abstimmung hineinzunehmen, weil - der Dr. Moser ist nicht da, dem hätte ich es zuge-
traut, daß er das nachvollziehen kann - da gibt es den Begriff des Contrarius Actus. Das heißt, wenn jemand mit Zweidrittelmehrheit gewählt wird, dann soll er auch mit Zweidrittelmehrheit abgewählt werden. Wenn jemand von seiner eigenen Fraktion gewählt wird - sprich Fraktionswahl -, dann sollte auch beim Mißtrauensantrag nur die eigene Fraktion abstimmen. Aber das haben Sie offensichtlich vergessen.

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie trotz des geringen Arbeitspensums, das Sie erledigen, auch dort ein bißchen schlampig arbeiten, *(Abg. DKfm. Helga Brauner: Wir sind also zu dumm?)* aber ich verzeihe Ihnen. Eine vernünftige Bestimmung betreffend der Petitionen! Daß man das nicht unbedingt in den Landtag einbringen muß, ist ein freiheitlicher Vorschlag. Ab und zu werden freiheitliche Vorschläge auch aufgegriffen.

Ansonsten gibt es bedauerlicherweise nichts, aber auch gar nichts, was in der Änderung der Geschäftsordnung eingebracht wird. Kollege Glaser, ein bißchen dünn! Wir stimmen nur deswegen zu, weil wir, wie gesagt, das endlose Schwadronieren der Regierungsmitglieder eingeschränkt haben wollen. *(Beifall bei der FPÖ)*

Zweiter Präsident **Sipötz** *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Der Herr Abgeordnete Glaser ist als nächster zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Glaser** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr stark haben Sie Ihre Gehirnwindungen, Herr Kollege Rauter, nicht angestrengt. *(Abg. Dr. Rauter: Sie auch nicht! Dies ist bei Euch nicht notwendig!)* Aber was soll man machen. Im Gegensatz zu Ihnen werde ich doch eilige grundsätzliche Aussagen zu dem, was die parlamentarischen Instrumentarien betrifft, machen.

Sie hätten es sich auch leisten können, hier das eine oder andere oder Ihre Meinung zu bestimmten Punkten zu erklären. Sie stellen fest, wir tun nichts, aber Sie sagen nicht einmal, was Sie eventuell tun wollten. *(Abg. Dr. Flauter: Dann seid Ihr wieder böse, wenn wir noch einen Antrag einbringen.)* Zu den verschiedenen wichtigen Dingen, die in Diskussion stehen, haben Sie keinen Antrag eingebracht. *(Abg. Dr. Rauter: Der liegt seit einhalb Jahren im Ausschuß.)*

Sie haben einen Antrag auf Reduzierung der Regierungsmitglieder und der Landtagsabgeordneten eingebracht. Also sehr viel Substanz ist das nicht unbedingt. *(Abg. Dr. Rauter: Die Änderung des Kontrollausschusses!)* Herr Kollege Rauter, wir wollen uns nicht darüber unterhalten, sondern über die Weiterentwicklung der parlamentarischen Instrumentarien sprechen. Ich glaube, daß ganz einfach eine Weiterentwicklung dieser Instrumentarien ständig notwendig ist.

Landeshauptmann Stix hat vor einiger Zeit im Zusammenhang mit der Entwicklung der parlamentarischen In-

Glaser

strumentarien - glaube ich - sehr in die Zukunft gesehen und von der Möglichkeit einer "virtuellen" Demokratie gesprochen. Natürlich ist dieses Wort nichts anderes als ein Modewort, dessen Bedeutung nicht einmal klar ist. Ist das eine scheinbare Demokratie, eine bildliche Demokratie, eine künstliche Demokratie? Ich werde aus dem nicht so recht schlau. Ich glaube, eine Demokratie via Internet, wie es sich der Herr Landeshauptmann vielleicht vorstellt, wird nicht möglich sein. Ich glaube, daß Demokratie nach wie vor etwas ist, das Menschen direkt gestalten und wo sich Menschen direkt einbringen müssen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn von mir jetzt das Wort Internet genannt wurde, Herr Landeshauptmann Stix, so sollte Internet wirklich dazu benützt werden, wofür es da ist: Information zu vermitteln, Information sich zu beschaffen. Ich bedaure, daß das Burgenland als einziges Bundesland nach wie vor nicht mit einer Homepage im Internet vertreten ist. Nach wie vor ist daraus die Bauordnung des Burgenlandes ersichtlich, aber Informationen des Burgenlandes in einem so modernen und von immer mehr in Anspruch genommenen Medium sind leider nicht ersichtlich.

Damit aber nunmehr zu den Spielregeln des demokratischen Gefüges, so wie es sich jetzt darstellt. Ich glaube, daß diese Spielregeln wirklich für alle Menschen, auch für den einfachsten Menschen, einsichtig sein müssen. Sie sollen meines Erachtens auch nicht allzu oft geändert werden. Man sollte Bewährtes nicht bloß deswegen ändern, weil einem zum Ändern ist oder weil eine Winzigkeit vielleicht nicht paßt.

Als ein Beispiel, wo man mit den Änderungen an der Grenze ist, möchte ich die Gemeinderatswahlordnung zitieren. Wenn man bei einer Gemeinderatswahl zehn Prozent ungültige Stimmen hat, dann, glaube ich, ist man hier an einer Grenze angelangt, und wenn man enormen Erklärungsaufwand vor jeder Wahl hat, wie man richtig zu wählen hat, dann ist das nicht mehr der richtige Weg. Ich glaube, daß wir damit Wähler vergraulen und die Wahlmündigkeit fördern. Ich glaube auch, daß indirekt damit der Wählerwille verfälscht werden kann.

Genau aus diesem Grund, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sollten wir auch bei der Änderung der Landesverfassung und in der Folge bei der Landtagswahlordnung vorsichtig sein. Wir sollten auch bedenken, daß die Spielregeln auf Landesebene andere sind als auf Gemeindeebene. Auf Gemeindeebene kennt jeder die Politik, die gemacht wird. Der Bürger kennt auch die Darsteller der Politik und kann sie beurteilen. Auf Landesebene sind die Medien zwischengeschaltet. Deswegen, glaube ich, muß man auf Landesebene mit sehr viel mehr Behutsamkeit auf die Verteilung der Macht achten und muß auch entsprechende Instrumente finden, die diese Kontrolle der Macht wirklich gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Hohes Haus! Zwei wirklich weitgehende Änderungen der Landesverfassungen sind österreichweit, nicht nur im Burgenland, im Gespräch. Zum einen die Direktwahl des Landeshauptmannes. Ich möchte nur ganz kurz dazu be-

merken, daß ich persönlich glaube, daß eine Machtausweitung eines direkt gewählten Landeshauptmannes nicht denkbar ist. Da es im Burgenland bereits die Konstellation der Funktion des Landeshauptmannes mit der Funktion des Landesfinanzreferenten gibt, die ohnehin schon einem quasi absoluten Herrscher gleichkommt, kann ich mir nicht vorstellen, Herr Kollege Rezar, daß ein direkt gewählter Landeshauptmann noch mehr Macht dazubekommt. *(Abg. Ing. Poglitsch: Ihr habt ja auch Chancen, den Landeshauptmann zu stellen.)*

Andererseits kann ich mir aber auch nicht vorstellen, daß sich ein direkt gewählter Landeshauptmann - ähnlich wie der Bundespräsident auf Bundesebene - mit der Rolle des Repräsentanten begnügen kann. Ich glaube auch gar nicht, daß das sinnvoll wäre.

Ich glaube daher, daß man sich diese Regelung gut überlegen muß, wie man sich auch die Abkehr vom Proporzsystem hin zur Mehrheitsregierung überlegen muß. Diese Überlegung hat zweifellos etwas für sich. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Poglitsch)* Ich bin der Meinung, daß sich diese Regelung längerfristig, Herr Kollege Poglitsch, sicher durchsetzen wird.

Es ist nämlich der Vorteil hier ersichtlich, daß es eine klare Trennung von Regierung und Opposition gibt. Etwas, was dankenswerterweise der Kollege Rauter von sich aus vorgezogen hat, nämlich, daß er in die Oppositionsrolle zurückgegangen ist. In meinen Augen ist das sogar ein wenig anständig vom Kollegen Rauter, daß er nicht von der Regierungsbank, sondern wirklich von der Bank des Abgeordneten aus die Opposition macht. Ich muß wirklich dem ehemaligen Kollegen Wagner konzedieren, daß er seine Rolle auf der Regierungsbank besser macht als Dr. Rauter. *(Abg. Ing. Po 9 li tsc h: Loben Sie uns nicht!)* Kollege Rauter, Sie haben keine so schlechte Wahl getroffen. *(Abg. Dr. Rau te r: Wir sind stolz auf ihn.)*

Ob eine derart weitgehende Änderung der Landesverfassung, Kolleginnen und Kollegen, in diesen beiden Punkten, die ich genannt habe, jetzt schon sinnvoll und notwendig ist, glaube ich, sollte man sich wirklich gut überlegen. *(Abg. Dr. Rauter: Mir ist es gleich, wer in der Regierung sitzt.)* Kollege Rauter, Sie versäumen Wesentliches. Gerade im Burgenland, wo wir in den nächsten sieben Jahren ein weiteres Ziel 1-Programm bewerkstelligen und noch weitere zwei Jahre die Möglichkeiten des alten Programmes ausnützen müssen, sollten wir uns gut überlegen, diese Spielregeln des Zusammenarbeitens zu ändern. Ist es da nicht wirklich vernünftiger, wir bleiben bei den alten Regelungen der Zusammenarbeit aller Kräfte? Ich glaube, daß das dem Burgenland in dieser Periode eher gut tun würde. *(Zwischenruf des Abg. Ing. Poglitsch)* Das gesamte! Zuhören, Herr Kollege Poglitsch! *(Abg. Dkfm. Helga Brau n rat h: Hätten Sie besser zugehört.)*

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt der heutigen kleinen Regelung, wie Sie sagen, war ein Antrag der Freiheitlichen auf Verkleinerung der Zahl der Regierungsmitglieder und der Landtagsabgeordnete-

Glaser

ten. Auf Grund dieses Antrages wurde in der ersten dazugehörigen Ausschußsitzung beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. In der Folge kam man in der Präsidiale überein, bevor man sich mit diesem Antrag beschäftigt, eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages vorzuziehen. Das geschieht heute, Herr Kollege Rauter. Ich hoffe, daß in der Folge Ihr Antrag erledigt wird. Sei es auch, indem man ihn ganz einfach einmal ablehnt, nur, daß man ihn nicht mitschleppt.

Ich darf Ihnen eines sagen: Ich bin in der Zwischenzeit eindeutig dafür, daß man ihn ablehnt, denn eine Verkleinerung der Anzahl der Landtagsabgeordneten wäre aus meiner Sicht jetzt nicht wirklich sinnvoll. Ich habe nachgeschaut und festgestellt, Kollege Rauter, daß von allen Bundesländern wir im Burgenland, gemeinsam mit einigen anderen kleinen, die geringste Anzahl von Landtagsabgeordneten und auch die kleinste Anzahl an Regierungsmitgliedern haben. Also ein Bedarf allein aus dieser Sicht besteht nicht.

Weiters darf ich Ihnen sagen: Es wäre auch die repräsentative Vertretung in diesem Landesparlament gefährdet. Bei einer Reduzierung der Abgeordneten wäre es sehr wahrscheinlich - und ich könnte mir vorstellen, daß Sie um den Kollegen Poglitsch fürchten würden -, (*Zwiesgespräche in den Bänken*) daß zum Beispiel der Bezirk Jennersdorf nicht mehr vertreten wäre. Aber nicht nur das. Es geht auch darum, daß möglichst viele Bevölkerungsschichten im Landtag vertreten sind. Ich glaube, daß es aus diesem Grund wirklich nicht sinnvoll wäre, eine Reduzierung der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder vorzunehmen.

Jetzt möchte ich aber zur Änderung der Geschäftsordnung kommen. Diese Änderung, Herr Kollege Rauter, ist nicht solch eine Kleinigkeit wie Sie annehmen, sondern sie ist sehr wesentlich. Landesrätin Prets hat ja leider ein eindrucksvolles Beispiel dafür geliefert, wo dies wirklich notwendig ist. Die Landtagssitzungen müssen interessanter und flotter vor sich gehen. Wir wollen, daß die Ränge nicht weiterhin leer bleiben. Die Landtagssitzungen sind ja das Schaufenster unserer Demokratie. Es gibt viele Gemeinden, wo wesentlich mehr Gemeindeglieder in die Gemeinderatssitzungen kommen als hier zu einer Sitzung des Landtages. Das soll, glaube ich, nicht so weitergehen. Es ist ja auch keine wirklich in der Bevölkerung verankerte Demokratie, wenn dem weiter so ist. Deswegen müssen wir uns bemühen, diese Sitzungen flotter und interessanter zu machen.

Es sind sicherlich Monologe, wie sie die Kollegin Prets und andere Regierungsmitglieder von sich gegeben haben, fehl am Platz. Gerade eine Fragestunde sollte doch eher ein Pingpongspiel zwischen Frager und Beantworter sein als einem Fußballspiel ähneln, wo nach einem Torschuß der Tormann den Ball minutenlang nicht wieder ins Feld zurückbringt. Ich glaube, daß es gut ist, daß wir hier die gelbe Karte des Zeitlimits eingeführt haben, über die rote Karte haben wir uns eigentlich noch nicht unterhalten.

Dem gleichen Ziel, den Landtag attraktiver zu machen, dient auch die Möglichkeit der Redezeitbeschrän-

kung. Die derzeitige Möglichkeit der Redezeitbeschränkung auf 30 Minuten war in der Praxis nicht relevant. Wenn wir jetzt aber die Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten, zum Beispiel bei der Budgetdebatte, in Anspruch nehmen, dann werden wir erstens, nehme ich an, in zwei Tagen fertig sein, zweitens, glaube ich, daß zügiger und flotter diskutiert werden kann, was für die Zuhörer interessanter ist, aber natürlich auch für uns Abgeordnete. Ich glaube auch, daß es letztlich zu einer Qualitätssteigerung kommt, weil jeder selbst gezwungen ist, seine Aussagen entsprechend prägnant zu treffen.

Hohes Haus! Ich habe schon vom "Andrang" zu den Landtagssitzungen gesprochen. Ich glaube, daß diese beiden Maßnahmen dazu dienen, daß mehr Zuhörer zu den Landtagssitzungen kommen. Ich glaube aber auch - diesbezüglich geht meine Bitte an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk -, daß es gut und wichtig wäre, eine Sendung ähnlich dem Hohen Haus auf Bundesebene auch auf Landesebene einzuführen, wo man dem wirklich politisch interessierten Bürger Hintergrundinformationen vermitteln kann, Politik transportieren kann und somit wirklich auch einen Beitrag zur Demokratie in diesem Land leisten könnte. (*Beifall bei der ÖVP*)

Hohes Haus! Ein parlamentarisches Instrumentarium wird von den Bürgern zunehmend entdeckt. Es ist dies die Möglichkeit, Petitionen einzubringen. Ich glaube auch, daß diese Art der Bürgerbeteiligung notwendig ist und für eine breite Basis der Demokratie sorgen kann, weil damit Anliegen in den Landtag kommen, die ansonsten von uns als zu gering geschätzt würden oder vielleicht überhaupt übersehen würden.

Natürlich ergibt sich auch für notorische Kritiker die Möglichkeit, den Landtag mit Arbeit zu überhäufen. Ich glaube, daß aus diesem Grund die Änderung der Geschäftsordnung richtig war, womit gewährleistet ist, daß einerseits jede Petition wirklich behandelt wird und andererseits der Landtag nicht durch kleinste Petitionen in seiner Arbeit blockiert wird.

Abschließend: Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, daß mit der heutigen Änderung der Geschäftsordnung des Landtages eine Straffung des parlamentarischen Ablaufes gelingen sollte, daß das Schaufenster unserer Demokratie, die Arbeit im Plenum für die Zuhörer interessanter wird und somit eine vernünftige Weiterentwicklung unseres demokratischen Instrumentariums gelungen ist.

Wir werden daher der Änderung der Geschäftsordnung unsere Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Rezar das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Dr. Rezar** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Glaser hat zu Beginn seiner Ausführungen angemerkt, daß man den Begriff der virtuellen Demokratie, der zweifellos notwendig sein wird, wenn ein modernes, aufstrebendes Land auch in ein neu-

Dr. Rezar

es Jahrtausend geht, zu wenig hinterfragt hat. Sie stoßen sich begrifflich an diesen Formulierungen. Ich sage Ihnen aber, daß gerade Landeshauptmann Karl Stix sehr oft und nachhaltig sowie eindrucksvoll bewiesen hat, daß er nicht nur Visionen - und diese virtuelle Demokratie ist zweifellos auch eine Vision für das kommende Jahrtausend - erarbeiten kann, sondern durchaus in der Lage ist, vieles von dem auch umzusetzen. Das ist richtig so, das ist gut so, das braucht dieses moderne Burgenland!

Wenn Sie nur an die gewaltigen Anstrengungen der vergangenen Jahre zurückdenken, Kollege Glaser. Dort, wo viele nicht mehr geglaubt haben, daß es möglich sein wird, etwa den Status eines Ziel 1-Gebietes für das Burgenland zu erhalten, hat der Landeshauptmann mit allem Nachdruck, mit aller Entschlossenheit das erwirkt. *(Abg. Glaser: Das ist eine Sache der Prozente, Herr Kollege!)*

Kollege Glaser, ich stimme mit Ihnen in vielen Dingen ansatzweise überein, die Sie über die Modernisierung der Verfassung angemerkt haben. Ich glaube aber, daß es richtig und notwendig ist, nachzudenken, ob man dem Bürger, ob man dem Wähler nicht doch auch die Entscheidung übertragen sollte, zu bestimmen, wer der höchste Repräsentant dieses Landes sein sollte. Es wäre daher notwendig, *(Abg. Glaser: Den Bundespräsidenten haben wir erst gewählt.)* wenn der Bundesverfassungsgesetzgeber den Ländern die Möglichkeit einräumt, die dann ohnehin mit Zweidrittelmehrheit in den jeweiligen Landtagen darüber zu befinden hätten, ob sie das auch wollen. Aber es wäre, glaube ich, auch aus burgenländischer Sicht eine Verkomplizierung, es wäre eine Vervollständigung dessen, was wir in unseren Wahlordnungen zu reformieren begonnen haben.

Sie werden mit mir hoffentlich einer Meinung sein, daß es gut und richtig war, mit der Gemeindewahlrechts-Novelle zu ermöglichen, daß der mündige Bürger bestimmt, wer die Geschicke in den Gemeinden hauptverantwortlich leitet: der Bürgermeister. Mit der Direktwahl haben wir das umgesetzt und ermöglicht. Ich glaube, es spricht kein vernünftiges Argument - mit entsprechenden legislatischen Anpassungen - dagegen, dies auch bei der Frage der Direktwahl der Landeshauptleute so zu überdenken.

Natürlich müßte man dann viele Fragen unserer gesamten Verfassung neu überlegen. Auch etwa die Frage, die Sie angezogen haben, wie wir es künftighin für den Fall, daß das möglich wäre, mit einer Proporzregierung halten. Ich gebe Ihnen aber recht, daß all das zusammen ein Prozeß sein muß, der gut überlegt sein soll, der nicht Anlaßgesetzgebung sein kann. Ich gebe Ihnen recht, daß man hier in einen tiefen Dialog eintreten muß und daß sich das nur gesamthaft in einem harmonischen Korsett abspielen kann, denn Verfassungsfragen bedürfen einer reiflichen Überlegung.

Für mich ist daher diese Frage der virtuellen Demokratie - nachdem das nächste Jahrtausend schon bald hier sein wird - etwas, worüber sich auch dieses Hohe Haus sehr, sehr klar sein muß, wie man das handhaben will.

Das heutige Thema, nämlich die Frage der Geschäftsordnung, ist überhaupt etwas, was nichts Statisches ist, was nichts Festes ist, was nicht verrückbar und veränderbar ist, sondern etwas, was wir laufend angepaßt haben. Wir haben die jüngste Novelle dazu erst im Jahr 1996, wie Sie wissen, verabschiedet. Ich denke, daß es auch hier eine Fülle von neuen, modernen Ansätzen in der Zukunft geben kann und geben muß, denen wir Rechnung zu tragen haben, etwa die telekommunikative Vernetzung.

Das moderne Computerzeitalter wird es vielleicht einmal mit sich bringen, daß wir in all unsere Entscheidungsprozesse den Bürger direkt einbringen. Ich halte es gar nicht so sehr als Utopie, wenn sich künftig vielleicht einmal die Möglichkeit ergibt, daß sich der Bürger in eine Fragestunde einklinkt oder daß er online mit der Politik kommunizieren und so wichtige Antworten auf ihn betreffende Fragen erhalten kann.

Das fällt natürlich auch zum Großteil in den Bereich einer umfassenden Verwaltungsreform hinein; das räume ich schon ein. Aber auch hier sollte sich das Landesparlament von dieser Entwicklung durchaus nicht abkoppeln. Ich glaube, daß Fragen unserer inneren Verfassung, welche die Grundlage eines Parlamentarismus im allgemeinen bilden und letztendlich auch den Charakter, die Form und das Verfahren hier im Hohen Hause bestimmen, gerade im Hinblick auf Erneuerung, Modernisierung und Effizienz ständig zu hinterfragen sind.

Es kann uns dabei - auch das haben Sie angemerkt - nicht ausschließlich darum gehen, ob wir damit zufrieden sind, ob wir die Abläufe selbst rationeller, vernünftiger gestalten können, ob wir für unsere Tätigkeit eine optimale Grundlage bilden können, sondern es muß uns natürlich auch ein hohes Maß an Interesse begleiten, daß wir den Bürger sehr vital in unsere Arbeit einbinden, weil wir ja letztendlich, und das ist für mich die wesentlichste Voraussetzung, Politik nicht zum Selbstzweck machen, sondern weil wir Politik für den Bürger, weil wir Politik mit dem Bürger machen. Das sollte in Zukunft auch verstärkt werden. *(Beifall bei der SPÖ)*

Es muß für den Bürger auch in einem immer höheren Maße transparenter, offener, nachvollziehbarer und interessanter werden. Ich glaube, wenn uns das auch nur schrittweise gelingt, dann leisten wir alle einen wesentlichen Beitrag - jetzt hätte ich fast gesagt für virtuelle Demokratie, Herr Kollege Glaser. Aber es ist sicher ein demokratiepolitisch sehr wesentlicher Ansatz.

Sie haben sich eingehend mit den Inhalten dieser neuen Geschäftsordnung auseinandergesetzt. Das ist zu unterstreichen. Hier unterscheiden wir uns nicht in der Argumentation. Wir geben daher selbstverständlich unsere Zustimmung zu dieser Novelle zur Geschäftsordnung. Diese Zustimmung unsererseits inkludiert natürlich auch das Versprechen künftiger hoher Bereitschaft, sich Modernisierungen und Anpassungen der Geschäftsordnung an aktuelle Bedürfnisse im Sinne eines zeitgemäßen und zukunftsorientierten Parlamentarismus nicht zu verschließen.

Präsident

Wir Sozialdemokraten verstehen das aber darüber hinaus sicherlich auch als demokratiepolitischen Beitrag zur Belebung sowie zur Stärkung des politischen Interesses für den Bürger insgesamt, weshalb wir auch künftighin all diesen Überlegungen sehr offen und sehr willkommen gegenüberstehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Sipötz: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Abg. Nie ßl: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Eine Beschlußfassung über diese Vorlage ist nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages geändert wird, ist somit in der vom Herrn Berichterstatter beantragten Fassung auch in dritter Lesung einstimmig und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.